

Das nächste **Online-Treffen wird am Die. 6. Januar 2026 von 18 – 19:30 Uhr stattfinden.**

<https://helsinki.zoom.us/j/67380775962?pwd=SDdSbDBEd2tyL3FQVE1mOEgoNFnPQTog>

(Passcode: 508476, Meeting ID: 673 8077 5962)

Tagesordnung hier: <https://cryptpad.fr/pad/#/2/pad/edit/uDL8OyCzaRJqmjmErszpl+fi/> Bitte Tops eintragen.

Online-Treffen am
6.Januar 2026, 18 Uhr



Im Jahr 2026 wird das Eintreten für soziale Rechte für alle von zentraler Bedeutung sein.

Vom letzten Online-Treffen (02.12.2025) gibt es noch offene Punkte:

- Anpassungsgesetz – Geflüchtete aus der Ukraine und AsylbLG – 1. Juli 2026
- Weiteres zum GEAS-Anpassungsgesetz und länderspezifische Umsetzung
- Sekundärmigrationszentren auf Bundesländerebene verhindern
- Aktuelle Vorgänge – Verordnung im Asylverfahren – Änderung der Vorschriften.
- Soziale Rechte und GEAS (Lager [Wohnen], Ernährung [Fremdbestimmt], Gesundheit [Minimum], Zugang zur Arbeit [Verbote], Bildung [Verbote],)
- Orgafragen zum Netzwerk Gleiche soziale Rechte für alle / Homepage
- Bezahlkarte und repressive Bürokratie, Überlegungen.
- Datenschutz und Bezahlkarte

Nach wie vor sind drei zentrale Entwicklungen zu beobachten. Erstens die **Abschottungspolitik**, zweitens die **Abschiebepolitik** und drittens die Politik der **sozialen Ausgrenzung** (nicht nur) gegen geflüchtete Menschen.

Abschiebungen/Abschiebehaft: Wie eine Untersuchung des Mediendienstes Integration mit der Universität Hamburg kürzlich ergeben hat, sind die **Inhaftnahmen in den vorhandenen Hafteinrichtungen** allein zwischen 2021 und 2024 [um 63 Prozent gestiegen](#). Es gibt eine zunehmende Brutalisierung der Abschiebungen, das heißt, die staatliche Gewalt nimmt dabei weiter zu. Selbst schwerkranke Menschen werden abgeschoben und sich selbst überlassen. Die bundesweit geschaffenen 790 Abschiebehaftplätze sind stets belegt. In Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordrhein-Westfalen sind neue **Abschiebeeinrichtungen** geplant. Mit der GEAS-Reform wird der internationale Flüchtlingsschutz weiter ausgehöhlt und die **AbschiebeHAFT wird eine noch repressivere Rolle im Asylsystem einnehmen**. Antirassistische Gruppen und Bewegungen sollten Anlaufstellen für von Abschiebung Betroffene sein und ihnen konkrete Hilfe anbieten. Sie sollten sie bestmöglich rechtlich beraten und unterstützen, damit sie sich nicht vollends in der (sozialen) Rechtlosigkeit wiederfinden, wenn sie in die Irregularität abgedrängt werden. Wir müssen davon ausgehen, dass die Sans-Papiers-Frage (Bewegung der Nicht-Regulierten) im Jahr 2026 stärker in das öffentliche Bewusstsein und in die Diskussion rücken wird.

Bezahlkartensystem: Die Stadt Freiburg wehrt sich weiterhin gegen das Bezahlkartensystem und hat eine Befreiung davon beim Land beantragt. Auch Wickede (Nordrhein-Westfalen) wird die Bezahlkarte nicht einführen, da der Aufwand dafür zu hoch wäre. Auch Issum in Rheinland-Pfalz ist die einzige Gemeinde im Kreis Kleve, die die Bezahlkarte nicht einführen wird. In Gladbeck (Nordrhein-Westfalen) wird es ebenfalls keine Bezahlkarte geben. In Buxtehude stellte die CDU-Fraktion eine Anfrage zur Unterbindung von Tauschaktionen, die jedoch erfolglos blieb. In Sachsen wurden 20 Widersprüche gegen die Bezahlkarte eingereicht. Die Debatte um die Bezahlkarte wird weitergehen. Im Jahr 2026 werden die ersten gerichtlichen Anhörungen stattfinden. Wichtig für die politischen Initiativen, die sich gegen das autoritäre Bezahlkartensystem stellen, wird sein **den rassistischen und ausgrenzenden Charakter des Systems** anhand konkreter Erfahrungen von Geflüchteten deutlicher aufzuzeigen und für die gerichtlichen Verfahren zu dokumentieren.

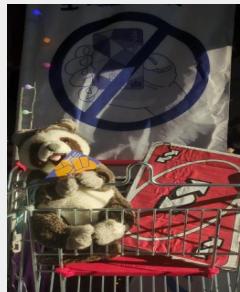
Soziale Rechte: Eine gute Nachricht kommt aus Niedersachsen. Dort hat sich der **DBG gegen die ausbeuterische Arbeit für 80 Cent/Stunde** ausgesprochen. Ab dem **1. Juni 2026** werden Geflüchtete aus der Ukraine die nach dem 31. April 2025 eingereist sind Leistungen nach dem AsylbLG beziehen.

Migration – OECD (38 OECD-Länder Europäische Länder, USA, Kanada, Australien, Chile...) Der OECD-Bericht von 2024 bestätigt, dass Migration Realität ist und bleibt. „Trotz der kontinuierlichen Anstrengungen, die inländischen Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, ist der Anteil der zugewanderten Ärzt*innen im OECD-Raum in den letzten zwanzig Jahren um 7 Prozentpunkte von 21 % auf 28 % gestiegen.“

GEAS (Pakt) – Reform: Durch die Änderung der Vorschriften der neuen **Verordnung über Asylverfahren** kommt es zu **erheblichen Veränderungen** bei der **Einstufung von „sicheren Herkunftsländern“ und „sicheren Drittstaaten“**. Dadurch werden die Asylverfahrensrechte weiter ausgehöhlt und ein großer Teil der Verantwortung für Flucht auf Nicht-EU-Länder abgewälzt.

Die Quellen zu den Aussagen sind in diesem Newsletter zu finden.

39C3



Handy weg bis zur Ausreise

VORTRAG
beim 39C3

"Nein zur Bezahlkarte!" beim Chaos Communication Congress 39C3

Auf den Congress "Power Cycles" vom Chaos Computer Club kamen in Hamburg zwischen Weihnachten und Neujahr etwa 16.000 Menschen zusammen. **Auch dabei waren Mitstreiter*innen des Netzwerks "Gleiche soziale Rechte für Alle" und Tausch-Initiativen gegen die rassistische Bezahlkarte aus mehreren deutschen Städten.** Über drei Tage machten die Aktivist*innen mit einem gemeinsamen Infotisch, mehreren Veranstaltungen und einer mobilen Gutschein-Tauschbörse in Form eines Einkaufswagens mit Waschbärmaskottchen das Thema Bezahlkarte prominent.

In zwei Workshops wurde an Apps gearbeitet, um die Praxis der solidarischen Tauschaktionen zu erleichtern und Ressourcen für stärkeren politischen Gegenwind freizumachen.

In kurzen Sessions wurde zurückgeblickt auf die ebenso diskriminierenden Vorläufer der Bezahlkarte in Berlin und in Thüringen in den 90er und 2000er Jahren. In einem offenen Vernetzungstreffen wurden Erfahrungen aus der Tauschpraxis geteilt und politische Strategien diskutiert – schließlich bleibt die Vision weiter: **Bezahlkarte abschaffen!**

Das Programm der "Nein zur Bezahlkarte!" Assembly auf dem 39C3 ist hier nachzulesen:

<https://events.ccc.de/congress/2025/hub/de/assembly/detail/neinzurbezahlkarte>
<https://media.ccc.de/c/39c3>

Die Chaos Community bringt so viel Neugier, Wissen und Solidarität mit. **Das gibt am Ende eines Jahres viel Kraft zum Weitermachen – gegen die Bezahlkarte, für gleiche soziale Rechte und ein selbstbestimmtes Leben für Alle.**

Oder mit den Worten des CCC: *"Es geht beim Hacken um mehr als nur Lötkolben und Software. Es geht um die Verwirklichung einer besseren und freien Gesellschaft."*

Einen spannenden und wütend machenden **Vortrag über grundrechtsverletzende Praxis** von Ausländerbehörden lieferte auch Chris Köver: "Handy weg bis zur Ausreise – Wie Cellebrite ins Ausländeramt kam". Zur Aufzeichnung:
<https://media.ccc.de/v/39c3-handy-weg-bis-zur-ausreise-wie-cellebrite-ins-auslanderamt-kam>

Verschärftes Aufenthaltsgesetz: Bis zur Ausreise verwahrt:

<https://netzpolitik.org/2025/verschaerftes-aufenthaltsgesetz-bis-zur-ausreise-verwahrt/>

Bezahlkarte	Nachrichten aus den Städten
<p>Hessen verpflichtet bis Ende Januar 2026 die Kommunen zur Durchsetzung der ausgrenzenden Bezahlkarte</p> <p>17.12.2025</p>	<p>Bezahlkarte: Wichtige Schnittstelle für Bezahlkartensystem fertiggestellt „Der flächendeckenden Einführung der Bezahlkarte für Asylbewerber in Hessen bis Ende Januar 2026 steht nichts mehr im Wege: Wie Sozial- und Integrationsministerin Heike Hofmann mitteilte, ist die Programmierung der Software-Schnittstelle für die Anbindung des von den meisten hessischen Kommunen genutzten Systems an das bundesweite Bezahlkarten-Fachverfahren abgeschlossen.“ „Bislang ist die Bezahlkarte in Hessen in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes sowie in 17 der 27 kommunalen Leistungsbehörden etabliert. Um den Kommunen keinen zusätzlichen Aufwand durch eine manuelle Übertragung der Daten zwischen den Systemen zu bereiten, hatte das Land die Pflicht zur Einführung daran gekoppelt, dass die jeweilige Schnittstelle verfügbar ist.“ https://soziales.hessen.de/presse/wichtige-schnittstelle-fuer-bezahlkartensystem-fertiggestellt https://www.cdu-fraktion-hessen.de/presse/1-jahr-lang-in-benutzung-bezahlkarte-in-hessen-macht-sich-bezahlt/</p>
<p>Herzogentum direkt</p> <p>13.12.2025</p>	<p>Bundesagentur für Arbeit führt im Einzelfall Bezahlkarte für Personen ohne Bankkonto ein „Die Arbeitsagenturen und gemeinsamen Einrichtungen händigen die Bezahlkarten einmalig an betroffene Kundinnen und Kunden aus. Danach werden die Karten monatlich mit der individuell zustehenden Sozialleistung aufgeladen.“ https://herzogtum-direkt.de/index.php/2025/12/16/bundesagentur-fuer-arbeit-fuehrt-im-einzelfall-bezahlkarte-fuer-personen-ohne-bankkonto-ein/</p>
<p>Soester-Anzeiger</p> <p>16.12.2025</p> <p>Wickede führt keine Bezahlkarte ein NRW</p>	<p>Bezahlkarte für Asylbewerber: Gemeinde zahlt weiter Bargeld an Geflüchtete aus „Der Grund, warum sich die Kommune letztlich mit dem Segen des Gemeinderates gegen diese Form des Unterhaltes aussprach und Geflüchteten den zustehenden Unterhalt weiterhin in bar auszahlt, ist rein praktischer Natur: Die Umstellung würde den Aufwand nicht lohnen – zumindest gegenwärtig nicht.“ https://www.soester-anzeiger.de/lokales/wickede/gemeinde-wickede-zahlt-weiter-bargeld-an-gefluechtete-aus-94085168.html</p>
<p>Rheinische Post</p> <p>10.12.2025</p> <p>Rheinland Pfalz</p>	<p>Issum lehnt Bezahlkarte für Geflüchtete ab Der Antrag kam aus der Bürgerschaft: Die Politik in Issum musste sich entscheiden, ob sie dem Vorschlag der Bürgermeisterkonferenz folgt oder nicht. https://rp-online.de/nrw/staedte/geldern/issum-lehnt-bezahlkarte-fuer-gefluechtete-ab_aid-140461783</p>
<p>Wuppertal-total</p> <p>16.12.2025</p>	<p>Linke begrüßt Verzicht auf Bezahlkarte für Geflüchtete „Die Linke bewertet den Verzicht als längst notwendigen Schritt. Die Bezahlkarte sei aus ihrer Sicht mit erheblichen Einschränkungen für Betroffene verbunden gewesen und hätte den Alltag von Menschen in ohnehin prekären Lebenslagen zusätzlich erschwert. Der Ratsbeschluss trage dem Anspruch Rechnung, soziale Teilhabe und Selbstbestimmung nicht weiter zu begrenzen.“ https://wuppertal-total.de/stadtleben/linke-begruesst-verzicht-auf-bezahlkarte-fuer-gefluechtete/</p>
<p>Erklärvideo zur komplexen Bezahlkarte von (Social Card) Wie Publk* die Funktion der Bezahlkarte erklärt.</p>	<p>Erklärvideo zur bundesweiten Bezahlkarte (SocialCard) Erfahren Sie in unserem kurzen Erklärvideo alles Wichtige rund um die Funktionen Ihrer bundesweiten Bezahlkarte. https://www.hamburg.de/politik-und-verwaltung/behoerden/sozialbehoerde/themen/soziales/socialcard/videos-1107120?view</p>

Freiburg
Gemeinderat und
Verwaltung stellen Antrag
auf Aussetzung der
Bezahlkarte
19.12.2025

nd
13.12.2025
Tatsächlich haben die Überweisungen ins Ausland seit der Einführung der Bezahlkarte zugenommen – ein weiteres Indiz dafür, dass beides wenig miteinander zu tun hat.

Bezahlkarte für Asylbewerber*innen ab 2026

Gemeinderat stellt Antrag beim Land

Für die Verwaltung ist klar: „Wir wollen die Bezahlkarte in Freiburg nicht einführen“, sagte Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach. Sie bedeute enormen administrativen Aufwand, denn die Mitarbeitenden im Amt für Migration und Integration müssen im Einzelfall prüfen, ob jemand die Karte nutzen muss. Was den Antrag betrifft, stoßen die Fraktionen deshalb auf offene Ohren. „Wer permanent von unbürokratischer Verwaltung redet, bekommt hier die Gelegenheit, das umzusetzen“, sagte er mit Blick in Richtung Stuttgart.

<https://www.freiburg.de/pb/2534584.html>

Studie zur Bezahlkarte: Geflüchtete bezahlen mit ihrer Freiheit

Der Mediendienst Integration veröffentlicht die dritte Untersuchung zum Stand der Aufnahme und Integration Schutzsuchender.

Im Oktober trafen sich Initiativen und Organisationen aus dem ganzen Land in Berlin, um zu besprechen, wie der Widerstand gegen die Bezahlkarte fortgesetzt werden kann. »In Zukunft wollen wir uns darauf konzentrieren, Betroffene noch besser über die Bezahlkarte aufzuklären und diese stärker in den Widerstand dagegen einzubinden«, sagt Mitorganisator Adam Bahar vom Flüchtlingsrat Berlin dem »nd« und kündigte neue Formen des Protests an. Er betont: »Die Bezahlkarte betrifft nicht nur Geflüchtete – es gibt bereits konkrete Pläne, sie auch auf weitere von Armut betroffene Menschen auszuweiten«. In Hamburg denkt der Senat schon offen darüber nach, auch andere Sozialleistungen über eine Bezahlkarte abzuwickeln.
<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1195410.grundrechte-studie-zur-bezahlkarte-gefluechtete-bezahlen-mit-ihrer-freiheit.html>



REFUGEE
LAW CLINIC
HANNOVER

Die Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsrecht – Verwaltungsvereinfachung oder Ausgrenzung von Hilfesuchenden? (fand bereits am 10. Dezember 2025 statt)
Im Wintersemester 2025/26 geht die Ringvorlesung der Refugee Law Clinic Hannover e. V. in eine neue Runde, bei der sich alles um die Themen Migration und Flucht, sowie das Aufenthalts- und Asylrecht dreht. Interessierte sind herzlich eingeladen, daran teilzunehmen!

Die Vorträge finden stets ab 18.00 Uhr teilweise hybrid und teilweise online über Zoom statt. Eine Anmeldung ist über die Website der RLC möglich. Der Link zum Vortrag wird rechtzeitig vor der Veranstaltung an alle angemeldeten Personen versandt.

Wir freuen uns auf viele alte und neue Gesichter.
Eure RLC Hannover

Funke MEDIEN

19.12.2025

Gladbeck: Erstmal keine Bezahlkarte für Geflüchtete

Der Rat der Stadt Gladbeck hat eine wichtige Entscheidung für Geflüchtete getroffen.

- Rat lehnt Bezahlkarte mit deutlicher Mehrheit ab
- Entscheidung soll im kommenden auf den Prüfstand

<https://www.radioemscherlippe.de/artikel/gladbeck-erstmal-keine-bezahlkarte-fuer-gefluechtete-2528273>

Hansestadt Buxtehude
Die Bürgermeisterin
2025/161-1
Antwort zu einer
Anfrage öffentlich

Tauschaktion Bezahlkarte – rechtliche Bewertung und Maßnahmen der Stadtverwaltung; Anfrage der CDU-Fraktion vom 28.10.2025 – Antwort der Verwaltung

„Solange keine kriminellen Aktivitäten vorliegen und die Tauschaktionen im Rahmen von privatrechtlichen Vereinbarungen stattfinden, können und werden keine rechtlichen Schritte unternommen werden.“

<https://www.buxtehude.de/allris4/wicket/resource/org.apache.wicket.Application/doc1241067.pdf>



11.11.2025

Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel (Fraktion Die Linke)
Drs.-Nr.: 8/4304 – Thema: Bezahlkarten in den Erstaufnahmeeinrichtungen und Übergang nach Verteilung in die Kommunen
20 Widersprüche in Sachsen. 12 bereits zugunsten der Leistungsbehörde entschieden.
https://edas.landtag.sachsen.de/redas/download?datei_id=45682



19.12.2025

Geplante Bezahlkarte für Bürgergeld-Bezieher provoziert weitere Probleme
Die Karte löst die akute Frage, wie Geld ausgezahlt wird, wenn ein altes Auszahlungsinstrument wegfällt. Sie löst nicht die Frage, warum Menschen trotz Anspruch weiterhin kein Konto bekommen.
Problematisch wird sie dort, wo sie als Ersatz für ein ungelöstes Recht behandelt wird. Wenn der Staat akzeptiert, dass ein Teil der Bevölkerung dauerhaft ohne Konto bleibt, verschiebt sich die Verantwortung stillschweigend: Weg von Banken und Aufsicht, hin zu Sozialbehörden, die dann „irgendwie“ Zahlungsfähigkeit organisieren sollen.
<https://www.gegen-hartz.de/news/geplante-bezahlkarte-fuer-buergergeld-bezieher-provoziert-weitere-probleme>

Hessen sagt NEIN zur Bezahlkarte

Hier findest du praktische Möglichkeiten, wie du gegen die Bezahlkarte aktiv werden kannst.



Einkaufen war noch nie so solidarisch –
Gemeinsam setzen wir die ungerechte Bezahlkarte für Asylsuchende außer Kraft

Mit dieser Website möchten wir eine Plattform schaffen, um sich gegenseitig zu informieren, auszutauschen und aktiv zu werden. Du willst Geschenkkarten gegen Bargeld tauschen – oder andersherum? Hier findest du Orte in Hessen:

<https://hessensagtnein.de/>

AsylbLG-Sätze

Übersicht über die Leistungssätze für das Jahr 2026 AsylbLG



Bundesgesetzblatt

Eine detaillierte Übersicht über die einzelnen Abteilungen ist hier zu finden.

Höhe der Leistungssätze 2026

Höhe der Leistungssätze für Grundleistungsberechtigte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) ab 01.01.2026

https://jum.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-jum/intern/PDF/Migration/Erlasse_und_Anwendungshinweise/2025/05.12.2025_JuM-Hinweisschreiben_betr._Leistungss%C3%A4tze_ab_2026.pdf

Bekanntmachung über die Höhe der Leistungssätze nach § 3a Absatz 4 des Asylbewerberleistungsgesetzes für die Zeit ab 1. Januar 2026

<https://www.recht.bund.de/bgbl/1/2025/251/VO.html>

Übersicht notwendiger und notwendiger persönlicher Bedarf für 2026 und im Falle von Leistungseinschränkungen nach § 1a AsylbLG

https://jum.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-jum/intern/PDF/Migration/Erlasse_und_Anwendungshinweise/2025/05.12.2025_Anlage_Berechnungs%C3%BCbersicht_Leistungss%C3%A4tze_2026.pdf

AsylbLG	Anpassungsgesetz – Ukrainische Geflüchtete
<p>Leistungen an Geflüchtete aus der Ukraine ab dem 1. Juli 2026 (geplant) Kommunen finanziell und personell belastet</p>	<p>FAQ Rechtskreiswechsel „Des Weiteren soll es einen Datenaustausch zwischen den jeweils örtlich zuständigen Jobcentern und den örtlichen, für das AsylbLG zuständigen Behörden geben.“ Anmerkung: Auf die Kommunen werden weitere Belastungen zukommen. https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Gesetze/faq-rechtskreiswechsel-leistungsrechtsanpassungsgesetz.pdf?__blob=publicationFile&v=2</p>
80 Cent-Pflichtarbeit	DGB gegen 80 Cent Arbeit
<p>Pressemitteilung DGB Niedersachsen 15.12.2025 „Dass Asylbewerber*innen nicht arbeiten wollen, ist ein rassistisches, unbelegbares Märchen von Rechtsradikalen“</p> <p>rbb 24 23.12.2025</p>	<p>DGB lehnt Arbeitspflicht für Asylbewerber*innen ab Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) Niedersachsen lehnt eine Arbeitspflicht für Asylbewerber*innen ab. Diese wird aktuell auf kommunaler Ebene geprüft oder beschlossen und sorgt auch auf Landesebene in Niedersachsen für Diskussionen. https://niedersachsen.dgb.de/presse/++co++6c97e650-d9b2-11fo-b855-63838ce64ee6</p> <p>Asylbewerber in Brandenburg – Arbeiten für 80 Cent pro Stunde? https://www.rbb-online.de/brandenburgaktuell/archiv/20251223_1930/arbeiten-asylbewerber.html</p>
Gesundheit	Aufnahmebedingungen und Erkrankungen
<p>nd 26.12.2025 Permanenter Alarmzustand</p> 	<p>Im permanenten Alarmzustand Aufarbeitung von Gewalterfahrungen kommt zu kurz Das Bundesinnenministerium antwortet auf eine Frage zu Prävention und den Zusammenhängen zwischen restriktiven Aufnahmebedingungen und psychischen Erkrankungen bei Geflüchteten nur ausweichend. https://www.nd-aktuell.de/artikel/1196406.gesundheit-von-gefluechteten-im-permanenten-alarmzustand.html</p>
Asylverfahren	Grundlagen des Asylverfahrens
	<p>GRUNDLAGEN des ASYLVERFAHRENS</p> <p>Der Herausgeber weist darauf hin, dass die Arbeitshilfe mit Inkrafttreten der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylrechts (GEAS) aktualisiert werden soll. So wird sich zwar durch die bevorstehende Umsetzung der GEAS-Reformen das Asylrecht grundlegend ändern. Doch auch mit der Geltung der GEAS-Reformen behalte die Arbeitshilfe ihre Bedeutung, da das alte Rechtssystem in zahlreichen Altfällen parallel zu den neuen Regelungen Anwendung finden wird. https://www.asyl.net/view/neuauflage-der-arbeitshilfe-grundlagen-des-asylverfahrens</p>
GEAS (Pakt)	GEAS (Pakt)
<p>GEAS: „sichere Herkunftsländer“ und „sichere Drittstaaten“ 13.12.2025</p>	<p>Asylum Pact 2.o: the EU moves towards more stringent rules on ‘safe third countries’ and ‘safe countries of origin’</p>

17.12.2025

NOTIZEN für die weitere Diskussion

2024 Verordnung über
Asylverfahren verhandelt

Neuverhandlung
der Verordnung

Sichere Herkunftsländer
können teilweise als sicher
eingestuft werden.
Für ein bestimmtes Gebiet oder
bestimmte Personengruppe.

EU-eigene Liste
sicherer Herkunftsländer
verbindlich für die Länder

Beschleunigte Verfahren
Grenzverfahren
Berufungen (Widerspruch)
sollen keine aufschiebende
Wirkung haben.

Vorschlag EU-Kommission
Baldige Anwendung

Neue Länder werden als sichere
Herkunftsländer eingestuft.

Asylpakt 2.0: Die EU geht auf strengere Vorschriften für „sichere Drittländer“ und „sichere Herkunftsländer“ zu

<https://eulawanalysis.blogspot.com/2025/12/asylum-pact-20-eu-moves-towards-more.html>

EU-Parlament gibt Grünes Licht für Ruanda-Modell

Abgeordnete von CDU und AfD stimmten gemeinsam dafür, dass Asylsuchende künftig aus der EU in sogenannte „sichere Drittstaaten“ gebracht werden können.

<https://taz.de/EU-Parlament-gibt-gruenes-Licht-fuer-Auslagerung-von-Asylverfahren/!6139489/>

Gemeinsames Europäisches Asylsystem (Pakt)

NOTIZEN: (soll bereits im April 2026 in Kraft treten.) Versuch einer Zusammenfassung.

- Im Jahr 2024 wurde die Verordnung über Asylverfahren im Rahmen des EU-Asylpakts verabschiedet. Sie ersetzt die Richtlinie über Asylverfahren. **Sie enthält Vorschriften zu vermeintlichen „sicheren Herkunftsländern“ und „sicheren Drittstaaten“.**
- Da die Verordnung über Asylverfahren (2024) als unzureichend angesehen wird, wird nun eine Änderung des Paks (GEAS) angestrebt. Teile sollen im April 2026 in Kraft treten.

Sichere Herkunftsländer

- Gemäß der Verordnung über Asylverfahren werden die Vorschriften für „sichere Herkunftsländer“ verbindlich. Die grundlegenden Definitionen der Menschenrechtsstandards im Herkunftsland bleiben bestehen. Nach den neuen Vorschriften wird es möglich sein, einen Nicht-EU-Staat **teilweise als „sicher“ einzustufen**. Dies kann entweder **geografisch (Teil des HKL)** oder **für bestimmte Personengruppen** erfolgen.
- Neu ist, dass die EU im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens eine eigene Liste „sicherer Herkunftsländer“ verabschieden kann. Diese Liste gilt dann **für alle Länder** verbindlich. Wird ein Herkunftsland nicht mehr als sicher eingestuft, können die Mitgliedstaaten das betroffene Land zwei Jahre lang nicht mehr auf ihre nationale Liste aufnehmen. Außerdem ist die Zustimmung der EU-Kommission erforderlich.
- **Beschleunigte Verfahren**
 - Beschleunigte Verfahren gelten für Personen aus Ländern, in denen die jüngste Anerkennungsquote für Asylanträge in **erster Instanz** (ohne Rechtsmittel) **EU-weit unter 20 %** liegt. Ausnahmen gelten für Personen, die beispielsweise Minderheiten angehören.
 - Beschleunigte Verfahren 12 Wochen, allgemeine Frist sechs Monate.
 - Prüfung der Anträge findet in einem Grenzverfahren statt.
 - In der Regel können unbegleitete Minderjährige diesem Verfahren nicht mehr dem Verfahren unterworfen werden.
 - Berufungen (Widerspruch) in Fällen „sicherer Herkunftsländer“ haben keine „aufschiebende Wirkung.“ Zusätzliche Schutzmaßnahmen wurden gestrichen.

Vorschlag der EU-Kommission dazu:

- Will frühzeitige Anwendung der überarbeitenden Vorschriften um ein frühe Anwendung der Vereinbarung zwischen Italien und Albanien zu ermöglichen. Das würde auch eine vorzeitige Anwendung der teilweisen Einstufung als „sichere Drittstaaten“ ermöglichen.
- Nach der aktuellen Fassung des Grenzverfahrens würde der Ausschluss für die meisten unbegleiteten Minderjährigen nicht gelten.
- **Bangladesch, Kolumbien, Ägypten, Indien, Kosovo, Marokko und Tunesien werden neu als „sichere Herkunftsländer“ von der EU eingestuft.**

	<ul style="list-style-type: none"> Alle EU-Beitrittskandidaten werden als „sichere Herkunftsländer“ eingestuft: Serben, Montenegro, Albanien, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina, Türkei, Ukraine, Moldau und Georgien.
Standpunkt des EU-Rates	<p>Länder sollen „sichere Herkunftsländer“ und „sichere Drittstaaten“ benennen können.</p>
„Subsidiärer Schutz“ soll sich nicht mehr auf „individuelle Bedrohung“ beziehen. Wahrscheinlich soll eine Bewertung des ganzen Landes vorgenommen werden.	<ul style="list-style-type: none"> Standpunkt des EU-Rates Übernimmt den größten Teil des Kommissionsvorschlags. Änderung, dass es für einzelne Mitgliedstaaten möglich wäre ein Land teilweise als „sicherer Drittstaat“ oder „sicheres Herkunftsland“ benennen zu können. Vorschlag: Wird durch EU-Rechtsvorschriften teilweise ein Land von der EU-Liste gestrichen, benötigen die Mitgliedstaaten keine Genehmigung der Kommission, um dieses Land teilweise wieder in eine nationale Liste aufzunehmen.
Sichere Drittstaaten.	<p>Begriff: „wirksamer Schutz“ wird eingeführt.</p>
Länder, die die Konvention nicht ratifiziert haben, können „teilweise“ als „sicherer Drittstaat“ angesehen werden.	<ul style="list-style-type: none"> Standpunkt des europäischen Parlament Ähnlich dem des EU-RATES. EP behält den Aspekt der „individuellen Bedrohung“ bei, der auch zu einer Streichung eines Beitrittskandidaten von der gemeinsamen EU-Liste der „sicheren Drittstaaten“ führen kann. Bezieht sich aktuell auf die Ukraine.
Teilweise „sicherer Drittstaat“	<p>Sichere Drittstaaten</p> <ul style="list-style-type: none"> Verordnung 2024 Begriff des „wirksamen Schutz“ wird eingeführt, anstelle der Möglichkeit, den Flüchtlingsstatus gemäß der Flüchtlingskonvention zu beantragen. Ein Land, das die UN-Konvention ratifiziert hat, ist ein Land das wirksamen Schutz gewährleistet. Ein Land, das die UN-Konvention nicht ratifiziert hat, bietet „nur“ dann einen wirksamen Schutz für Menschen, wenn es ihnen „mindestens“ erlaubt, im Land zu bleiben, ihnen Lebensunterhalt, Gesundheitsversorgung und Bildung bietet und „wirksamer Schutz verfügbar bleibt, bis eine dauerhafte Lösung gefunden werden kann“. Ein Land kann nur teilweise als „sicherer Drittstaat angesehen werden, mit Ausnahme für bestimmte Gebiete seines Hoheitsgebietes oder mit klar identifizierbaren Personengruppen. Ein Land kann sogar für einen einzigen Antragsteller „sicheres Drittland“ sein. Für die Entscheidung über Anträge auf „sicheres Drittland“ gilt nun eine Frist von 2 Monaten. Grenzverfahren/Asylverfahren können auch für Personen aus sicheren Drittstaaten gelten.
Ruanda-Modell	<p>Anträge aus „sicheren Drittstaaten“ sollen nicht automatisch eine aufschiebende Wirkung haben.</p>
EU kann Abkommen (Ruanda-Modell) treffen.	<p>Verbindungen zu einem Drittstaat werden definiert.</p>
	<p>Standpunkt des Rates</p> <ul style="list-style-type: none"> Übernimmt die wichtigsten Punkte der Kommission. Auch die EU kann zu Nicht-EU-Ländern Kontakt aufnehmen, zu denen die Geflüchteten keinerlei Verbindungen haben. Kann Abkommen mit Nicht-EU-Ländern treffen. Verbindungen zu dem Drittstaat – Familienangehörige leben dort, Antragsteller hat

Erhebliche Angriffe

- sich dort niedergelassen oder aufgehalten, sprachlich, kulturelle oder ähnliche Bindungen.
- Ein nicht gestellter Asylantrag in einem sicheren Drittland könnte auch zur Unzulässigkeit des Asylantrages führen.
- Standpunkt des Europäischen Parlamentes
- Standpunkt ähnelt dem des Rates.
- Nur zwei Änderungen am Haupttext.
- Die EU soll künftig auch Vereinbarungen nach dem Ruanda-Modell aushandeln können.
- EP würde unbegleitete Minderjährige der Ruanda-Klausel unterwerfen, wenn z. B. begründeter Anlass besteht, dass von ihnen eine Gefahr für Sicherheit und Ordnung ausgeht.
- Der EP zufolge soll die automatische aufschiebende Wirkung für die meisten Rechtsbehelfe aufgehoben werden, jedoch nicht für Personen, die bereits internationalen Schutz von einem Mitgliedstaat erhalten haben.

Bewertung:

Angriffe auf das Recht eines wirksamen Rechtsbehelf und auf ein faires Verfahren.

Angriffe auf die automatische aufschiebende Wirkung im Asylverfahren.

Einführung einer Ruanda-Klausel

Verschärfung der Definitionen der „sicheren Herkunftsänder“ und „sicheren Drittstaaten“.



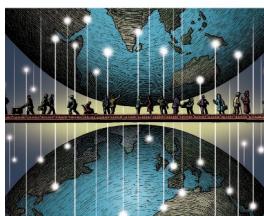
Anwendung des Konzepts für sichere Drittstaaten

<https://www.abgeordnetenwatch.de/eu/10/abstimmungen/verschaerfung-des-asylrechts-durch-aktualisierung-der-vorschriften-fuer-sichere-drittstaaten>

MIGRATION

OECD

Internationaler Migrationsausblick
2025 (Auszugsweise Übersetzung)



Internationaler Migrationsausblick 2025 (Auszugsweise Übersetzung)

„Trotz der kontinuierlichen Anstrengungen, die inländischen Ausbildungskapazitäten zu erhöhen, ist der Anteil der zugewanderten Ärzt*innen im OECD-Raum in den letzten zwanzig Jahren um 7 Prozentpunkte von 21 % auf 28 % gestiegen.“
Die befristete Arbeitsmigration in die OECD-Länder stabilisierte sich 2024 auf einem historisch hohen Niveau. In den OECD-Ländern (ohne Polen) wurden rd. 2,3 Millionen Arbeitsgenehmigungen erteilt, was einem Anstieg um 26 % gegenüber 2019 entspricht.

https://www.oecd.org/content/dam/oecd/de/publications/reports/2025/11/international-migration-outlook-2025_355ae9fd/c9efd755-de.pdf



Volksverpetzer

18.12.2025

Deepdive: Dobrindts Migrationspolitik zerstört in 10 Punkten

1. Afghanistan: Dobrindt bricht seine Versprechen und schindet Zeit
2. Härtefälle Familiennachzug: absurd hohe Voraussetzungen
3. Zweifel an Georgien als „sicheres Herkunftsland“ – aber Dobrindt will mehr davon!
4. Amtsermittlungsgrundsatz abzuschaffen wäre rechtswidrig
5. Dobrindt will GEAS-Reform härter als nötig umsetzen
6. Drittstaatenmodell hat bisher nicht funktioniert – warum also daran festhalten?
7. BAMF-Entscheidungen zu Asylanträgen von Venezolanern häufig gekippt
8. Psychosoziale Zentren werden in massive Geldprobleme gestürzt
9. UN-Sozialausschuss: Leistungsausschluss gefährdet soziale Menschenrechte
10. Pflichtanwalt in Abschiebehaft wurde abgeschafft

https://www.volksverpetzer.de/analyse/dobrindt-migrationspolitik-10-punkte/?utm_source=bsky

Afghanistan

ntv

16.12.2025

541 Afghanen warten noch auf ein Visum

Verschiedene Aufnahmeprogramme. Manche rechtsverbindlich, andere nicht. Die nicht rechtsverbindlich lässt Dobrindt fallen, bei den anderen verzögert er.

541 warten auf ein Visum

Dobrindt will "überwiegenden Teil" der Afghanen mit Zusage nach Deutschland holen

Dobrindt sprach von rund 2000 Personen, die zu seinem Amtsantritt in Pakistan auf eine Einreise nach Deutschland gewartet hätten. Sie hatten Zusagen aus verschiedenen Aufnahmeprogrammen vorheriger Regierungen erhalten. Dobrindt will nicht alle von ihnen aufnehmen. "Wir gehen davon aus, dass es um die 600 Personen sind, die keine rechtsverbindliche Aufnahmezusage haben", sagte der Innenminister. "Denen haben wir das auch mitgeteilt."

<https://www.n-tv.de/politik/Dobrindt-will-ueberwiegenden-Teil-der-Afghanen-mit-Zusage-nach-Deutschland-holen-id30150348.html>

Grenzen

LTO Legal Tribune Online

18.12.2025

Wo Frontex operiert, darf effektiver Grundrechtsschutz nicht an Beweisproblemen scheitern.

Abschottung, Frontex

Frontex kann sich nicht hinter den Mitgliedstaaten verstecken

Bei Rückführungen muss Frontex Grundrechte ebenso achten wie die Mitgliedstaaten. Der EuGH hebt zwei Entscheidungen auf und stellt klar: Die EU-Agentur trägt eigene Verantwortung – und kann sich nicht hinter anderen verstecken.

<https://www.lto.de/recht/nachrichten/n/c-679/23-p-c-136/24-p-eugh-ruegt-eug-frontex-zurueckweisungen-pushbacks-grundrechte>

Abschiebehaft

MIGAZIN

16.12.2025

Bundesweit 790 Abschiebehaftplätze

Inhaftnahmen um 63 Prozent gestiegen

"Allein zwischen 2021 und 2024 sind die Inhaftnahmen in den vorhandenen Anstalten um 63 Prozent gestiegen, hat eine Untersuchung des Mediendienstes Integration mit der Universität Hamburg kürzlich ergeben."

Druck auf Ausländerbehörden

„Man merkt immer mehr, es soll abgeschoben werden.“ Mehr und mehr ausreisepflichtige Menschen landen in Abschiebehaft. **Sie sind teilweise bis zu einem Jahr untergebracht, sagen Kritiker.**

„So plant NRW eine zweite „Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige“ in Mönchengladbach. In Sachsen-Anhalt entsteht ein Bau in Volkstedt. In Thüringen wurde eine Einrichtung im August eröffnet.

<https://www.migazin.de/2025/12/16/druck-auf-auslaenderbehoerden-man-merkt-immer-mehr-es-soll-abgeschoben-werden/>

ak

16.12.2025

Eines Rechtsstaates unwürdig

Wer hierzulande in Abschiebehaft gerät, hätte häufig gute Chancen, dagegen zu klagen – dieser Weg bleibt vielen Betroffenen verwehrt

<https://www.akweb.de/politik/abschiebehaft-in-deutschland-rechtsweg-versperrt-eines-rechtsstaates-unwuerdig/>

PRO ASYL

DER EINZELFALL ZÄHLT.

22.12.2025

Abschiebungen 2025: Eine neue Härte ist erreicht – einige Beispiele

»Abschiebung um jeden Preis« lautet mittlerweile das Motto vieler Politiker*innen und Behörden. Diese Mentalität traf 2025 viele Geflüchtete mit einer ungewöhnlichen Wucht. Das ist eine Katastrophe für die Betroffenen und ein schmerzlicher Befund

für die Gesellschaft. Berichte über dramatische Abschiebungen und erfolgreichen Widerstand.

<https://www.proasyl.de/news/abschiebungen2025/>

UNHCR



17.12.2025

Vor 75 Jahren, am 14. Dezember 1950, wurde der UNHCR gegründet.

Die Bedeutung des Flüchtlingsschutzes

Angriff auf die Schwächsten: Flüchtlingsschutz vor dem Kollaps?

Gelingt es nicht, den internationalen Flüchtlingsschutz effizienter zu organisieren und die Verantwortung besser zu verteilen, droht der seidene Faden, an dem er hängt, zu reißen – und damit ein erheblicher zivilisatorischer Rückschritt. Die katastrophalen Folgen kollektiver Verantwortungslosigkeit müssen mit aller Kraft vermieden werden, gerade in Zeiten des weltweiten Aufschwungs von Autokraten und eines Höchststands an gewaltsaufgeladenen Konflikten.

<https://www.blaeitter.de/ausgabe/2025/dezember/angriff-auf-die-schwaechsten-fluechtlingsschutz-vor-dem-kollaps>

<https://ec.europa.eu/eurostat/de/web/interactive-publications/migration-2025>

Neue Grundsicherung



13.12.2025



17.12.2025

Wer 3 Stunden am Tag arbeiten kann, gilt in D. als erwerbsfähig.

Systematische Prekarisierung

Mehr Härte gegenüber Arbeitslosen – Es wird ungemütlich

Das Gesetz zur neuen Grundsicherung soll nächste Woche ins Bundeskabinett. Wer auch nur ein Jobangebot ablehnt, kann schnell ohne Geld dastehen.

<https://taz.de/Mehr-Haerte-gegenueber-Arbeitslosen/!6134511/>

Sehr gutes Interview. Der Kollege [@stefan-sell.bsky.social](#) nimmt die Bürgergeld-Reform detailliert auseinander. Mehr Kontrolldichte bedeutet mehr Bürokratie und Kosten für den Staat, zugleich arbeiten viele Empfänger*innen hart (Kinderbetreuung und Pflege).

<https://bsky.app/profile/maxpichl.bsky.social/post/3maancselk22i>

Stefan Sell, Sozialwissenschaftler, zu möglichen Folgen der Grundsicherungssanktionen

<https://www.tagesschau.de/video/video-1536626.html>

Systematische Prekarisierung

Für Vermieter wird die Neue Grundsicherung wegen der möglichen Sanktionen bei den Unterkunftskosten keine gesicherte Miete mehr bedeuten. Jetzt soll eine Auskunfts-, Mitwirkungs- und Nachweis- und Formularpflicht für Vermieter eingeführt werden, und bei Nichterfüllung drohen Bußgelder von bis zu 5.000 Euro gegen Vermieter. In der Summe werden diese neuen Regeln dazu führen, dass Vermieter nicht mehr an Sozialleistungsbeziehende vermieten.

<https://www.bmgev.de/mieterecho/archiv/2025/me-single/article/systematische-prekarisierung/>

Berliner Mieter Gemeinschaft

Dezember 2025

ntv

24.12.2025
Protest innerhalb der SPD

SPD-Mitglieder organisieren Demos gegen Bas' Pläne für das Bürgergeld

In der SPD brodelt es – sogar mehr, als bisher bekannt ist. Die Bürgergeldpläne von Arbeitsministerin Bas findet offenbar nicht nur der linke Flügel kritikwürdig. Das wollen die Initiatoren eines Mitgliederbegehrens zeigen; sie organisieren einen Aktionstag.

<https://www.n-tv.de/politik/SPD-Mitglieder-organisieren-Demos-gegen-Bas-Plaene-fuer-das-Buergergeld-id30177584.html>

Wohnungslose	Ohne Wohnung, ohne Unterkunft
Badische Zeitung 15.12.2025	<p>Die Stadt Freiburg stößt bei Unterbringung von Wohnungslosen an ihre Grenzen Der Stadtverwaltung zufolge nächtigen inzwischen etwa 200 Menschen im öffentlichen Raum. https://www.badische-zeitung.de/die-stadt-freiburg-stoessst-bei-unterbringung-von-wohnungslosen-an-ihre-grenzen/</p>
Rassismus  18.12.2025 An die Widerstandsperspektive erinnern	<p>40 Jahre nach dem Mord an Ramazan Avcı in Hamburg wird der Ort des Geschehens neu gestaltet. Endlich, sagt Gürsel Yıldırım von der Gedenk-Initiative. Wir werden bei einer Podiumsdiskussion am Jahrestag der Großdemo die Zeit nach dem Mord reflektieren und an die Widerstandsperspektive von damals erinnern. https://taz.de/40-Jahre-nach-rassistischem-Mord/!6136810/</p>
Diskussion  21.12.2025 Offene Grenzen sind sehr wohl realisierbar	<p>10 Jahre „Wir schaffen das“ „Offene Grenzen sind sehr wohl realisierbar“ Wenn Menschen, die hier leben, wirklich soziale Sicherheit empfinden würden, wenn sie nicht berechtigte Angst haben müssten vor steigenden Mieten und Wohnungslosigkeit und Arbeitslosigkeit und Altersarmut und Pflegenotstand – dann wären sie wahrscheinlich eher bereit, Solidarität zu üben mit Menschen, die dazukommen. Zunächst geht es aber ohnehin eher erst mal um eine Welt, in der Grenzen noch existieren, aber für alle prinzipiell offenstehen. Und in der die neu ankommenen Menschen die gleichen Rechte haben wie die, die länger da sind. https://taz.de/10-Jahre-Wir-schaffen-das/!6136084/</p>
<p>Als Netzwerk „Gleiche soziale Rechte für alle“ positionieren wir uns mit vereinter politischer Kraft gegen sozial-politische Verwerfungen und Rassismus. Wir – das sind antirassistische Initiativen, Flüchtlingsräte und Aktivist*innen aus dem gesamten Bundesgebiet, die sich lokal gegen Lager, Abschiebekäste, Bezahlkarten und andere rassistische sowie sozialchauvinistische Zumutungen stellen. Wir treiben Vernetzung voran und organisieren gemeinsame Kämpfe gegen das diskriminierende Asylsystem! Schluss mit der Ausgrenzung marginalisierter Gruppen! Gemeinsam für eine solidarische Gesellschaft!</p>	
Signal-Gruppe	► Signal-Gruppe, bitte eine kurze Vorstellung von Neuen. https://signal.group/+CiOKIJoIKZFwjG69zadYQv4nuaadSdg-24mzfIRF7OO_nOPhEhCNBm8Tq75mM-qpclos8ksI
Crypd-Pad	► Crypt-Pad. Tragt bitte eure Tops für das nächste Treffen in das Pad ein. https://cryptpad.fr/pad/#/2/pad/edit/uDL8OyC2aRJqmjmErszpl+fi/
Mailverteiler	► Wer Protokolle und Newsletter erhalten möchte, bitte an info@asylblg-abschaffen.de schreiben. Homepage: https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/
Mastodon	Mastodon: https://systemli.social/@GleicheSozialeRechtefuerAlle
Instagram Bluesky	Instagram: https://www.instagram.com/gleichesozialerechtefueralle/

Bluesky: <https://bsky.app/profile/gleicherechte.bsky.social>

Herausgeber des Newsletters und Zusammenstellung der Informationen

Die Informationen sollen einen Überblick über aktuelle Diskussionen geben.

Gruppe AsylbLG abschaffen! Freiburg

info@asylblg-abschaffen.de

<https://asylbewerberleistungsgesetz-abschaffen.de/>